

mehr muss das Ganze vernünftig zu Ende gebracht werden.

Im Übrigen - das ist ebenfalls eine wichtige Information und richtet sich an den Herrn Abgeordneten Grüll: Die Mittel, die wir dort haben, sind gegenseitig deckungsfähig. Wenn wir folglich nicht alle Mittel in dem vorgesehenen Umfang benötigen, und zwar für den Zweck der NRW Medien GmbH in Bezug auf die Abwicklung, so können wir - auf Initiative der Koalitionsfraktionen, aber auch auf Initiative aller hier vertretenen Fraktionen - insgesamt noch einmal überlegen, inwieweit wir das Bereichen der Journalistenschule in Köln oder anderen Einrichtungen, die angesprochen worden sind, zugute lassen kommen können.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Angesichts dieser Erfolgsbilanz treiben mich zwei andere Themen um: Herr Abgeordneter Hegemann, das sollten Sie sich, wenn Sie auf dem Weg nach Recklinghausen sind, einmal überlegen. Diejenigen, die hier schon investiert haben oder in Nordrhein-Westfalen noch investieren wollen, sollten keine Landtagsprotokolle lesen. Herr Präsident, Sie werden diesen Satz verzeihen. Denn welchen Eindruck bekommen die wohl vom Land Nordrhein-Westfalen, wenn sie Ihre Äußerungen, Herr Hegemann, in diesem Protokoll nachlesen? Was für ein Bild müssen die sich dann von NRW machen?

(Widerspruch bei der CDU)

- Sie liefern dort ein Zerrbild. Das müssen Sie sich jetzt anhören.

(Zuruf von der CDU: Was? Unverschämte! Unverschämtheit!)

- Sie, Herr Kollege Arentz, sind doch sonst eigentlich viel vernünftiger, als das im Augenblick der Fall ist.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Wolfram Kuschke, Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Ja, aber man hindert mich daran, meine Rede zu beenden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich komme zum Schluss: Wir haben es mit einem Land zu tun, das sich in der Medienpolitik nicht zu verstecken hat. Wir haben eine ausgezeichnete Erfolgsbilanz. Wir sind offen für viele andere, die zu uns kommen.

Die zweite abschließende Anmerkung: Wenn das mit dieser Erfolgsbilanz so ist - und das wird uns

von vielen so bestätigt -, Herr Abgeordneter Hegemann, dann ist die Konstruktion, die die Regierung gefunden hat, und zwar insbesondere unter Einbeziehung der Staatssekretärin Frau Meckel, nicht die schlechteste. Vielmehr handelt es sich um eine erfolgreiche Konstruktion.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest.

Ich verweise an dieser Stelle nur darauf, dass die Abstimmung über den Einzelplan 02 erst nach der Beratung über den Bereich Europa- und Eine-Welt-Politik - also im Rahmen des Bereichs 12 - erfolgt.

Ich rufe **Bereich 11** auf:

Justiz

Betroffen ist der Einzelplan 04. Dieser betrifft das Justizministerium.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4804.

Ich eröffne die Beratung. Ist der Kollege Biesenbach anwesend? -

(Helmut Stahl [CDU]: Nein!)

- Dann kann ich ihm auch nicht das Wort erteilen. - Der Herr Kollege Sichau von der SPD-Fraktion ist anwesend.

(Zuruf von der SPD: Anwesend! Natürlich ist der da!)

- Ja, das habe ich doch gesagt. - Herr Sichau, Sie haben das Wort.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein württembergischer Abgeordneter, der zugleich Dichter gewesen ist, hat einmal ein Gedicht an die Volksvertreter verfasst. Es heißt eigentlich "Nachruf an die Volksvertreter", aber er wollte es ihnen in vorkonstituioneller Zeit hinterherrufen. Dort heißt es in einem Vers: "Das Recht ist ein allgemeines Gut".

Ich füge an dieser Stelle hinzu: Das gilt natürlich auch in Zeiten leerer Kassen. Für die Jahre 2004 und 2005 wird die Justiz 2003 - zugegebenermaßen verspätet - fortgesetzt und abgerundet. Unsere Hoffnung ist - kurz gefasst; natürlich habe auch ich mitgekriegt, was unser Zeitbudget betrifft -, dass Judica eher als 2006 seinen Reparaturlauf beendet hat.

Wir werden in dem Bereich der Immobilien 53 Millionen € für den Ersatzbau der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf einstellen.

Des Weiteren haben wir die Grundsanierung und Erweiterung der Justizvollzugsanstalten Bochum, Hamm, Remscheid und Rheinbach eingestellt. Ich finde, das ist ein wichtiges Signal.

Wichtig zur Entspannung der Belegungssituation im Strafvollzug sind die so genannten komplementären Dienste der Wohlfahrtsverbände und privater Dienstleister. Ich nenne die Haftvermeidung, den Täter-Opfer-Ausgleich, die Förderung ehrenamtlicher und gemeinnütziger Arbeit, die extramurale Therapie von Sexualstraftätern und -last, not least - die mögliche Aufstockung des Dienstes zur Vorbereitung suchtkranker Gefangener auf eine Entwöhnungsbehandlung. Dies kann zur weiteren Entlastung im Bereich des Justizvollzuges führen. Ein Konzept für Alkoholranke ist nach unserer Auffassung alsbald zu erarbeiten.

Ich betone, dass diese Vorschläge solide gegenfinanziert sind. Wir haben natürlich festgestellt, Herr Söffing, dass die FDP die Koalitionsfraktionen insbesondere in diesem Teil des Haushaltsplanes unterstützt hat. Das nehmen wir mit Dank wahr.

Alles in allem heißt das für den Bereich des Justizvollzuges, dass das Wort unseres ehemaligen Justizministers Behrens weiter gilt: Justizvollzug ist Ultima Ratio.

Im Bereich der rechtlichen Betreuung werden die Betreuungsvereine ab 2004 mit einer Grund- und mit einer Zuwachspauschale weiter gefördert, und zwar alle Tätigkeitsbereiche außerhalb der hauptberuflichen Vereinsbetreuung.

Der Bereich des Gerichtsvollzieherwesens und der Weiterentwicklung des Behandlungsvollzuges bei Jugendlichen muss noch diskutiert werden. Deshalb sind von uns in diesem Bereich keine Haushaltsveränderungen beschlossen worden.

Wir unterstützen ausdrücklich, dass 20 zusätzliche Richter sowie 30 zusätzliche Servicekräfte in der Arbeitsgerichtsbarkeit beschäftigt werden. Dies ist wegen der außerordentlich starken Belastung im Ausnahmefall erforderlich.

Abschließend: Wir werden den Rechtskundeunterricht weiterhin unterstützen. Den FDP-Antrag auf Reduzierung der Mittel auf null haben wir deshalb gut begründet abgelehnt.

Zusammengefasst lässt sich auch vor diesem Hintergrund das Wort des württembergischen Abgeordneten wiederholen: Das Recht ist ein alle-

meines Gut, und das soll auch so bleiben. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Sichau. - Herr Kollege Biesenbach, Sie haben das Wort.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Haushaltsberatung bietet immer die Gelegenheit, ein Stück in-nezuhalten und Bilanz zu ziehen, und zwar unter dem Aspekt, einmal zu fragen, wo wir eigentlich stehen, was die Leistungsfähigkeit der Justiz in Nordrhein-Westfalen angeht. Dies geschieht unter dem Gesichtspunkt, dass wir uns heute klar sind, dass eine funktionierende Justiz für unsere Wirtschaft unter dem Stichwort "Standortvorteil" wichtig ist.

Wenn wir fragen, wie es bei uns aussieht, dann müssen wir feststellen, dass wir keinen Grund haben, uns in irgendeiner Weise zu freuen, und dass wir erst Recht nicht davon ausgehen können, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf ein Stück Planung für die Zukunft bedeutet.

Lassen Sie mich mit der Verfahrensdauer bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit beginnen. Im Durchschnitt dauert derzeit ein Verfahren vor den Verwaltungsgerichten etwa zwei Jahre. Diese durchschnittliche Verfahrensdauer gab es bereits von 1991 bis 2001. In beiden Bereichen sind wir unter den Flächenstaaten Vorletzter. Das ist kein Grund zur Freude, sondern Realität.

Wir können uns das deshalb nicht leisten, weil unsere Wettbewerbsfähigkeit beschädigt wird. Wenn Unternehmen, die eine Baugenehmigung für ein gewerbliches Vorhaben erstreiten wollen, zwei Jahre warten müssen, dann haben sie entweder keine finanziellen Kapazitäten mehr oder sie haben sich längst ein anderes Bundesland ausgesucht.

Dasselbe gilt für Asylverfahren. Sie bringen eine unnötige finanzielle Belastung sowohl für das Land als auch für die Gemeinden.

Lassen Sie mich ein drittes Beispiel nennen, nämlich die Verfahren vor den Arbeitsgerichten. Herr Kollege Sichau hat gerade deutlich gemacht, dass 20 zusätzliche Richter für die Arbeitsgerichte eingestellt werden. Diejenigen, die es angeht, können darüber nur lächeln.

(Frank Sichau [SPD]: In diesen Zeiten?)

Sie sollten sich einmal vor Augen führen, dass nur etwa 1,5 % der Schutzverfahren mit einem Urteil abgeschlossen werden. Dies geschieht jedoch nicht, weil die Einigung das große Instrument geworden ist, sondern weil alle vor lauter Verzweiflung sagen: Wir zahlen lieber eine Abfindung, als dass wir uns auf das Risiko eines Prozesses einlassen, denn es dauert etwa 18 Monate, bis in der zweiten Instanz ein Verfahren abgeschlossen wird.

Dieses Risiko, etwa des Verzuges der Annahme von Arbeitsleistungen, ist für Unternehmen nicht zu kalkulieren. Wenn man heute einen Mitarbeiter freisetzen möchte, dann funktioniert das im Alltag folgendermaßen: Zahlst Du mir noch ein Auto, dann gehe ich freiwillig. – Es ist Alltag geworden, dass die Unternehmen diese Leistung dann erbringen, weil sie nicht in der Lage sind, in kurzer Zeit zum Zuge zu kommen. Diese Situation lässt sich in allen Zweigen der Justiz deutlich machen.

Herr Kollege Sichau hat gerade von dem Programm „Justiz 2003“ gesprochen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, dem kann ich zustimmen. Dieses Programm wurde 1998 vorgestellt, und wir stellen heute fest: Es ist ein Stück weit auf der Strecke geblieben. Mit der Technik sind wir zwar gut vorangekommen, nur mit der Einführung der entsprechenden Programme hakt es gewaltig. Hier sind wir nicht nur zeitlich hinterher, sondern es wird auch finanziell kräftig nachgebessert werden müssen.

Das wäre ja auch nicht schlimm, wenn nicht diese Landesregierung auf der anderen Seite ihr Vorhaben, das ehrgeizige Programm mit dem Abbau von Personal zu finanzieren, kräftig vorwärts getrieben hätte. Insgesamt sind bis Ende 2005 etwa 2.400 Stellen abzubauen.

Weitere 400 Kräfte, die bisher im Büro- und Kanzleidienst eingesetzt sind, sollen nunmehr Anwenderbetreuer werden. Im Klartext heißt dies, dass dem Büro- und Kanzleidienst rund gerechnet 2.800 Kräfte auf Dauer entzogen werden.

Diese Belastung ist von den so genannten Serviceeinheiten heute kaum aufzufangen. Wir brauchen nur Zeitungsberichte zu lesen; dann wissen wir, welche Verfahren darunter leiden und wie. Es ist in fast allen großen Gerichten - zumindest bei den Amtsgerichten - Alltag geworden, dass Verhandlungen ausfallen müssen, weil keine Protokollkräfte da sind.

Das Fachverfahren JUDICA, das bis Ende 2003 flächendeckend eingesetzt werden sollte, wird die an dieses Verfahren gestellten Erwartungen nicht

erfüllen und auch nicht erfüllen können. Alle zeitlichen Planungen sind überholt.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist doch noch nicht klar, Herr Biesenbach!)

Es besteht umfangreicher Nachprogrammierungsbedarf mit der Folge, dass frühestens Ende 2004 mit einem flächendeckenden Einsatz gerechnet werden kann.

Das macht sich in vielen Bereichen bemerkbar. Ich will beispielhaft die Verbraucherinsolvenz- und die Unternehmensinsolvenzverfahren nennen. Sie haben sich in der Zahl verdoppelt - mit dem Ergebnis, so eine aktuelle Erhebung vom Herbst letzten Jahres, dass sich bei den Rechtspflegern eine Unterbesetzung von bis zu 100 % ergeben hat. Bei dieser starken Überlastung ist es doch kein Wunder, dass überall mit gebremstem Schaum gearbeitet wird und dass diese Verfahren kaum vorwärts kommen. Daher können wir nicht davon ausgehen, dass die Justiz hier in der Lage ist, vernünftigen Rechtsschutz zu bieten.

Lassen Sie mich als weiteres Beispiel die Situation der Anwälte ansprechen. Ein Vollzeitkollege bei den Anwälten hätte im Monat etwa 200 Verfahren zu bearbeiten. Da aber die Vertretungslast von den Betroffenen mit 30 % angegeben wird, sind es etwa 260 Verfahren pro Monat. Bei 20 Arbeitstagen und etwa sieben Sitzungstagen pro Monat erfordert diese Belastung eine Erledigungsquote von ca. 20 Verfahren pro Tag oder zwei bis drei Verfahren pro Stunde.

Angesichts dieser Fallzahlen ist es doch kein Wunder, wenn wir davon ausgehen, dass es heute jedem, der beschuldigt wird, nur angeraten werden kann, zu schweigen; denn wenn er keine Aussage macht, hat er die große Chance, dass sein Verfahren eingestellt wird. Hingegen erhält der Ehrliche, der sich einlässt und sich bemüht, seine Reue deutlich zu machen, hinterher seine Strafe.

Das ist heute der Alltag in unserer Strafjustiz. An diesem Symptom wird nichts getan. Wir nehmen in Kauf, dass in einer Vielzahl von Fällen Ordnungswidrigkeiten allein deshalb verjähren, weil die Akten bei der Staatsanwaltschaft im Bereich der Anwälte einfach liegen bleiben und die Ordnungswidrigkeiten dann, wenn eine Straftat verneint wird, nicht mehr verfolgt werden können.

Das ist die gegenwärtige Situation. In Bezug auf all diese Dinge ist in dem Entwurf, der uns nächste Woche zur Entscheidung vorgelegt wird, an keiner Stelle erkennbar, dass Abhilfe geschaffen wird. An diesem Punkt wird der Minister seinem

Ruf gerecht, auch in der Funktion des Justizministers mehr als Finanzminister zu denken als dafür zu sorgen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen eine funktionsfähige Justiz haben.

Herr Minister, Sie werden deutlich zugleich leider auch das "Glück" haben, dass in Ihrer Amtszeit die meisten Suizide geschehen. Wir haben Sie klar gefragt, wie es im Justizvollzug mit der Betreuung aussieht. Stets haben wir gehört, dass es angeblich ausreichend psychologische Betreuer gibt. Bis heute haben wir aber noch nicht die Zahl erhalten, wie viel Betreuungszeit pro Gefährdetem wirklich zur Verfügung gestellt wird. Und wir erleben doch, dass es neben den zehn Suiziden - ich habe den aktuellen Fall noch nicht eingerechnet; inzwischen müssen wir ja von elf Fällen ausgehen - auch bei den Ausbrüchen und Entweichungen aktuell hohe Zahlen gibt.

Ich will heute darauf verzichten, die Überstunden im Justizvollzugsdienst anzusprechen. Ich will auch darauf verzichten - das haben wir schließlich oft genug thematisiert -, wie abenteuerlich aus unserer Sicht die Pläne erscheinen, landesweit einen privaten Sicherheitsdienst einzuführen. Wir können jede - egal, welche - Ecke anpacken; es kneift überall.

Dass diese Probleme nicht über Nacht behoben werden können, gestehe ich Ihnen gerne zu; da sind wir mit Ihnen einig. Bei der schwierigen Haushaltslage müssten Sie aber konzeptionell sichtbar machen, wie Sie die Probleme lösen wollen. Von all dem ist nichts zu erkennen.

Herr Sichau war so stolz darauf, dass man im Bereich der mitarbeitenden Vereine etwas getan habe. Dieses Spiel kennen wir seit Jahren. Die Landesregierung versucht, etwas zu streichen; anschließend wissen die Koalitionsfraktionen: Das kriegen wir wieder hin. Dieses Spiel entlastet Sie aber nicht davon, ein Konzept vorzulegen, das aufzeigt, wie Sie die Funktionsfähigkeit der Justiz in Nordrhein-Westfalen sicherstellen können.

Bevor mich der Präsident darauf hinweist, dass meine Redezeit zu Ende ist, darf ich feststellen: Jetzt wäre noch darauf einzugehen, mit welchen Risiken trotz dieser Haushaltslage gearbeitet wird, wenn wir in Düsseldorf ein neues Gerichtsgebäude bauen. Ich denke, dass Herr Kollege Söffing etwas dazu sagen wird; daher kann ich mir dieses Thema hier ersparen.

Die CDU-Fraktion wird dem Entwurf nicht zustimmen, und das aus guten Gründen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Biesenbach. - Das Wort hat der Abgeordnete Söffing, FDP-Fraktion.

Jan Söffing (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich auf die Leistungsfähigkeit unserer Justiz verlassen" - so Ministerpräsident Steinbrück in seiner Regierungserklärung vor gut einem Jahr. Wenn man sich jedoch die Realität anschaut, dürfte dieser Satz manchen, die in der Justiz arbeiten oder mit ihr zu tun haben, wie Hohn in den Ohren klingen. Auch der Haushalt, der uns hier vorgelegt wird, wird - jedenfalls in dieser Form - nicht überdecken können, wie es in der Justiz in unserem Lande aussieht.

Ich stelle für die FDP-Landtagsfraktion fest, dass unsere Bürger auch in Zeiten knapper Kassen einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf eine verlässliche und gut funktionierende Justiz haben. Die dritte Gewalt ist - zumindest nach unserem Verständnis - Grundpfeiler einer freien und selbstbewussten Gesellschaft, für Wachstum und Wohlstand.

Wer jetzt beginnt, die Sparschraube der Justiz noch weiter anzuziehen, bringt die Erfüllung dieses Verfassungsauftrages in Gefahr. Hier ist jeder Landespolitiker nicht nur gefordert, sondern auch in der gesetzlichen Pflicht, der dritten Gewalt ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben ein Recht darauf, dass man ihnen zu ihrem guten Recht verhilft, wenn sie darauf angewiesen sind.

Ich freue mich, Herr Kollege Sichau, dass es auch in diesem Jahr wieder gelungen ist, die Mittel für die freien Träger hoch zu setzen und dort hinzubringen, wo sie hingehören. Wir haben ja gemeinsam dafür gekämpft. Aber auch in diesem Jahr komme ich nicht umhin, noch einmal einzugehen darauf, wie es dazu gekommen ist, und das ist eigentlich das Schlimme an der Angelegenheit. Der Kollege Biesenbach ist darauf eben auch schon kurz eingegangen.

Es kann doch nicht richtig sein, dass fast wie ein Ritual jedes Jahr zunächst einmal diese Beträge heruntergesetzt und die Menschen in Angst und Schrecken versetzt werden, anschließend diese Dinge dann wieder hoch gesetzt werden müssen, und am Ende Rot-Grün sich das als Erfolg ans Revers heftet. Hier versuchen Sie ein ganz perfides Spiel mit den Ängsten, indem Sie an der Stelle versuchen, einen politischen Spielraum zu suggerieren, der überhaupt nicht vorhanden ist. Entweder setzt man es von vornherein in den Etat, weil man meint, dass es vernünftig ist, oder man

lässt es bleiben. Aber bitte nicht immer wieder dieses Ritual! Sie versuchen sich hier auf Kosten anderer Menschen zu profilieren. Das halte ich für unanständig.

Der Nervenkrieg, den Sie jedes Jahr anzetteln, gefährdet auch die Sicherheitslage in unseren Haftanstalten; denn Sie demotivieren doch damit mehr die Betroffenen, als dass Sie diese motivieren.

Es ist doch auch nicht die Opposition, die hier im Wege einer Schwarzmalerei immer wieder die angespannte Situation in den nordrhein-westfälischen Haftanstalten thematisiert. Sie brauchen doch nur in die Presse hineinzuschauen. Da finden Sie Überschriften wie „Land spart an Sicherheit“, „Die Gefängnisse sind überfüllt“, „Das Personal ist völlig überlastet“.

Thema Überstunden! Fast eine halbe Million Überstunden schieben die Bediensteten in unseren Haftanstalten vor sich her. Auch Sie, Herr Minister, hatten letztthin eingeräumt, dass unter Hintanstellung erheblicher vollzuglicher Bedenken Dienstposten im Sicherheits- und Betreuungsbereich nicht so besetzt werden konnten, wie man sich das vorstellt. Im Klartext heißt das doch, dass die vollzuglichen Aufgaben damit nicht mehr sichergestellt werden. Das heißt: weniger resozialisieren, mehr wegschließen. Aber das ist letztendlich doch nicht das, was wir uns gemeinsam vorgestellt haben, wenn es darum geht, den Strafvollzug so, wie er gesetzlich formuliert ist, dann auch umzusetzen.

Dann braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn wir mit einem Mal in vermehrtem Maße Übergriffe seitens der Häftlinge auf die Vollzugsbediensteten haben. Dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, dass in einzelnen Haftanstalten die Selbstmordraten drastisch ansteigen. Das ist dann eben auch kein zufälliges Phänomen, sondern schlicht Folge unzulänglicher rot-grüner Justizpolitik.

Auch bei der Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der Jugendkriminalität und der Kriminalität der Heranwachsenden, ist die Landesregierung gescheitert. Zu Recht treibt Sie, Herr Minister, die Sorge um, dass die 18- bis 21-Jährigen die Kriminalstatistik mit großem Abstand anführen. Ich teile auch Ihr mahnendes Fazit, es müsse auch außerhalb der Justiz und des Polizeibereiches in einer konzertierten Aktion verstärkt Anstrengungen geben, mit dem Thema „Gewalt“ umzugehen und auch dort Verantwortung zu zeigen.

Aber angesichts dieser völlig zutreffenden Beschreibung der Sachlage ist es doch dann unverständlich, wenn sich die rot-grünen Regierungskoalitionäre nicht nur dagegen wehren, die allgemeinen Mittel im Strafvollzug zu verbessern, sondern wenn sie auch den weiteren Antrag der FDP zurückweisen, entsprechende Mittel bereitzustellen, damit wir uns im Wege eines Gesamtkonzeptes dem Problem des Jugendstrafvollzuges und der Kriminalität dort zuwenden können. - Das zum Bereich Sicherheit.

Aber wir haben auch einen anderen Gesichtspunkt - Kollege Biesenbach hatte ihn eben beiläufig angesprochen -, der uns umtreibt. Das ist der Standortfaktor für die Wirtschaft, bei dem der Justiz eine entscheidende Bedeutung zukommt. Auch das thematisieren wir heute im hohen Hause nicht zum ersten Mal; das haben wir in den Ausschusssitzungen, aber auch schon im letzten Jahr bei den Haushaltsberatungen angesprochen. Das sind die überlangen und nicht mehr hinnehmbaren Verfahrenszeiten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und in der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Es mutet etwas eigenartig an, wenn man einmal in den Erläuterungsband zum Einzelplan 04 schaut und feststellt, dass sich nunmehr seit Mitte der 90er-Jahre offensichtlich zum ersten Mal - so ist es dort zu lesen - Erfolge abzeichnen und sich eine Trendwende hin zum Besseren anbahnt. Fast zehn Jahre doktern wir schon an dem Problem herum, dass die Verfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit insbesondere wegen der vielen Asylverfahren viel zu lange dauern. So etwas fällt nicht vom Himmel. Dem muss man entgegenwirken. Man muss es machen, wie es andere Bundesländer machen, nämlich zur rechten Zeit vernünftig Personal einzubauen, damit es gar nicht erst zu dem Anwachsen der Aktenberge kommt. Das ist eine weitsichtige Justizpolitik, die hier im Land Nordrhein-Westfalen so jedenfalls nicht betrieben wird.

Zum Thema Arbeitsgerichtsbarkeit - Herr Sichau, Sie haben es angesprochen -: Natürlich wird etwas für die Arbeitsgerichtsbarkeit getan. Das will ich in gar keine Weise hier in Abrede stellen. Aber auch hier gilt: Es wird zu spät etwas für die Arbeitsgerichtsbarkeit getan. Ich habe Zweifel, ob das ausreichend oder doch wieder nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist.

(Frank Sichau [SPD]: Lasst uns doch erst einmal gucken!)

In den Gesamtkontext passt auch das hinein, was wir auch im Rechtsausschuss diskutiert haben. Es ist genauso kontraproduktiv, gegenwärtig die teil-

weise Abschaffung der auswärtigen Arbeitsgerichtstage zu proklamieren. Auch das ist letztendlich ein Schlag ins Gesicht der kleinen und der mittelständischen Unternehmen in unserem Land, denen es sowieso schon so schlecht geht. Wir haben in diesem Jahr in unserem Lande 11.000 Insolvenzen. Insofern ist es auch selbstverständlich, dass dadurch natürlich die Arbeitsgerichtsbarkeit mehr belastet wird. Hier fehlt es letztendlich an einem Gesamtkonzept, dass man dem früh genug entgegenwirkt, genauso wie wir es bei den Asylverfahren gehabt haben. Genau die gleiche Situation haben wir jetzt bei den Arbeitsgerichten. Und auch hier werden wir wieder Jahre brauchen, bis wir das Problem endlich in den Griff bekommen.

Wenn man sich jetzt anschaut, was uns demnächst auch noch blühen soll, wenn es darum geht, die 41-Stunden-Woche im richterlichen Dienst umzusetzen, und wenn noch dazukommt, dass 300 Stellen im Bereich Staatsanwaltschaften und Richter eingespart werden sollen, dann können sich all diejenigen, die etwas von der Justiz verstehen, ungefähr vorstellen, wie es demnächst um unsere Justiz bestellt sein wird.

Ich habe den Eindruck, dass Sie, Herr Minister Gerhards, die Qualität der nordrhein-westfälischen Justiz auf dem Altar des Finanzministers opfern.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sich einmal das Projekt "Justiz 2003" anschauen, das Mitte der 90er-Jahre gestartet worden ist, so rückt auch dessen Realisierung in weitere Ferne und ergibt nicht die Entlastung, die wir uns vorgestellt haben. Das zeigt, dass das Konzept, das man sich insgesamt vorgenommen hat, so nicht verwirklicht werden kann. Nicht die Zeiten, meine Damen und Herren, werden immer schlimmer, sondern die Rechtspolitik von Rot-Grün in diesem Lande.

Es gibt Situationen, Herr Minister, wo Sie durchaus versuchen, etwas zu bewegen. Ich denke an die Diskussion um die Privatisierung im Strafvollzug. Wenn ich dann aber sehe, was daraus wird, wenn Sie darüber in Ihren Fraktionen diskutieren, habe ich manchmal den Eindruck, Sie kommen wie Moses vom Berge Sinai mit offensichtlich völlig neuen Erkenntnissen zurück. Ich glaube nicht, dass Sie Ihre Partei so in das gelobte Land des politischen Erfolges zurückführen werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Söffing. - Das Wort hat Frau Kollegin Haußmann, Bündnis 90/Die Grünen.

Sybille Haußmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz leisten tatsächlich dadurch einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, dass sie mehr und länger arbeiten und auf Weihnachtsgeld verzichten. Das will ich noch einmal betonen und anerkennen.

Es ist auch so, wie Sie gesagt haben, Herr Biesenbach: In Zukunft werden Stellen eingespart. Allein durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit sind es in unserem Justizetat 1.194 Stellen weniger. Aber sie werden nicht morgen und nicht in diesem Jahr, sondern über einen längeren Zeitraum abgebaut. Das heißt, dass uns gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen wir einen Umstrukturierungsprozess zu bewältigen haben und die technische Ausstattung noch besser lösen müssen, mehr Personal zur Verfügung steht, und das ist gut so.

So bitter die Mehrarbeit und die Einkommenseinbußen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz sind - bei der freien Straffälligenhilfe hätten die Kürzungen, so wie sie im Etatentwurf standen, dazu geführt, dass die Schließung vieler Einrichtungen bevorgestanden hätte. Damit wäre die gesamte Infrastruktur in diesem Bereich infrage gestellt gewesen. Das konnten wir durch Umschichtungen verhindern. Herr Söffing, wenn über Stellen und die berufliche Zukunft von Menschen diskutiert wird, ist das Thema zu ernst, um das einfach nur als Spiel zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Es war kein Spiel, sondern harte Arbeit, die Prioritäten anders zu setzen, um die Mittel für die freie Straffälligenhilfe wieder zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Ich gebe Ihnen Recht, die Beratungsstellen arbeiten zum Teil seit 25 Jahren. Es ist richtig, dass wir andere, verlässlichere Strukturen brauchen, damit die freie Straffälligenhilfe nicht immer als freiwillige Ausgabe dasteht, die jederzeit zur Disposition gestellt wird, wenn wir sparen müssen. Die relative Planungssicherheit, die wir jetzt für zwei Jahre geschaffen haben, kann uns dabei helfen, in diesem Zeitraum verlässlichere Strukturen zu erreichen.

Ein weiterer Bereich sind die Haftanstalten. Die Strukturen der freien Straffälligenhilfe - wir haben

das schon häufig diskutiert - entlasten die Haftanstalten. Wir brauchen endlich - und das wird die Aufgabe für das kommende Jahr sein - eine konzeptionelle Grundlage für alle Anstrengungen zur Haftvermeidung, um endlich von der Überbelegung und damit auch von den Überstunden herunterzukommen. Ich halte überhaupt nichts davon - das wissen Sie, das habe ich schon mehrfach gesagt -, dass wir neue Stellen schaffen, bevor wir nicht alle Maßnahmen ergriffen haben, um die Leute aus den Knästen zu holen, die dort nur ihre Ersatzfreiheitsstrafen, d. h. ihre Geldstrafen, absitzen.

Bei allen Sparzwängen gebe ich Ihnen nicht Recht, dass die Leistungsfähigkeit unserer Justiz infrage gestellt sei. Dieser Haushalt sichert eine leistungsfähige Justiz in Nordrhein-Westfalen. Wir bleiben bei unserer Priorität eines präventions- und behandlungsorientierten Justizvollzuges.

Damit will ich heute schließen. Ich bin sehr zufrieden, dass wir den Haushalt im Justizbereich, so wie er ist, auf den Weg gebracht haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollegin Haußmann. - Das Wort hat Herr Justizminister Gerhards.

Wolfgang Gerhards, Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat gebe ich Herrn Biesenbach in einem Recht: Eine solche Beratung ist natürlich Gegenstand für eine Erörterung über die Lage der Justiz, und da geht es nicht um Kleinigkeiten wie einzelne Haushaltstitel.

Die Lage der Justiz in NRW ist nicht einfach - gar keine Frage. Es ist eine willkommene Verlockung für die Opposition, schwarz zu malen. Das haben Sie und auch Herr Söffing getan. Das ist legitim, aber entspricht nicht ganz der Wahrheit. Ich will auf ein paar Punkte eingehen, von denen ich glaube, dass Sie die Lage schlechter gemacht haben, als sie in Wirklichkeit ist.

Ich fange damit an, dass Sie wieder einmal die Zahl von Selbstmorden instrumentalisieren. Ich finde das verantwortungslos.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es passieren schlimme Dinge, die aber nicht daran liegen - wie Sie ganz genau wissen -, dass irgendein Fehlverhalten von Einzelnen oder organisatorische Missstände da gewesen wären. Sondern es sind Dinge, die traurig sind, die jedes Mal Kummer bereiten, die man aber nicht verhindern

kann. Es gibt auch keine vermehrten Übergriffe, Herr Söffing. Wir haben die Zahlen neulich im Rechtsausschuss vorgelegt. Es ist eine gleichmäßige Entwicklung, die herauf- und heruntergeht. Es hat sich in den letzten Jahren nicht zum Schlechteren verändert.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Ein letzter Punkt, Herr Biesenbach, um noch einmal auf die Laufzeiten einzugehen: Es ist in der Tat ein wichtiger Standortfaktor, wie schnell wir zu guten Entscheidungen kommen, aber auch wie schnell wir im Bereich der Register und der Grundbücher in der Lage sind, Eintragungen vorzunehmen.

Was die Laufzeiten bei den Verwaltungsgerichten angeht, haben Sie wohlweislich nur den Zeitraum bis 2001 angesprochen. Dass es seitdem besser geworden ist, dass wir in Hauptsacheverfahren längst unter zwei Jahren sind und dass bei den Eilverfahren, die im Zweifel viel wichtiger für die Rechtsentscheidung sind, jedenfalls wenn es schnell gehen muss, inzwischen Zweiter in der Bundesrepublik sind, haben Sie wohlweislich nicht angesprochen.

Also: Die Lage ist ernst, sie ist schwierig, aber sie ist keineswegs aussichtslos. Wir sind dabei, besser zu werden und weiter voranzukommen. Sie haben völlig recht: Im Bereich der Infrastruktur, insbesondere im Bereich der ordentlichen Justiz und der Staatsanwaltschaften, haben wir Defizite, weil "Justiz 2003" nicht in 2003 beendet werden konnte. Ich gehe davon aus, dass wir sicher zwei Jahre mehr brauchen. Das hat viele Ursachen im Bereich der Technik, der Software-Entwicklung, der Vernetzung komplexer Systeme. Es ist auch richtig, dass wir das darauf abgestimmte Konzept des Personalabbaus weiter durchziehen müssen, obwohl es darauf aufgebaut war, u. a. in diesem Bereich schneller zu Entlastungen zu kommen.

Aber bei allem, was Sie gesagt haben, bei allem, was Sie gefordert haben, bei den wenigen Anträgen, die Sie gestellt haben, ist eines klar: Sie haben überhaupt keine Gegenfinanzierung. Sie haben für keinen Ihrer Vorschläge irgendein Konzept, wer es denn wie bezahlen soll. Und dann ist alles, was Sie gesagt haben, zwar ehrenwert, aber es ist Schall und Rauch, weil es mit der Wirklichkeit und den Möglichkeiten des Landes nichts zu tun hat. Und ich sage ausdrücklich: Das ist in anderen Ländern nicht anders als hier.

Deshalb will ich das aufgreifen, was wir tun, um besser zu werden. Wir haben - wie in den vergangenen Jahren auch - die Finanzierung für den Ausbau der Informationstechnik sichergestellt. Wir

werden den Stellenabbau zum Teil verlangsamen, um ein Teil dessen aufzufangen, was nicht nach den Konzepten funktioniert hat. Es hat auch in diesem Haushalt Verschiebungen von kw-Vermerken für weitere zwei Jahre und weitere drei Jahre gegeben, um darauf zu reagieren und etwas Druck herauszunehmen, weil wir natürlich wissen, dass man, wenn die Informationstechnik nicht so schnell steht und angewendet werden kann, das beim Stellenabbau zurücknehmen muss.

Ich bin außerordentlich dankbar, dass es uns gelungen ist, in Abweichung von den allgemeinen Regeln für die 20 plus 30 Stellen in der Arbeitsgerichtsbarkeit am Ende der Haushaltsverhandlungen doch noch einen Zuschlag zu bekommen. Denn das ist die Reaktion darauf, dass an dieser Stelle anders Abhilfe nicht geschaffen werden konnte. Wir sind uns alle einig, dass in der Arbeitsgerichtsbarkeit ein außerordentlich hoher Druck besteht und dass dort außerordentlich fleißig gearbeitet wird. Wir ziehen, glaube ich, die richtigen Konsequenzen, wenn wir an dieser Stelle Entlastungen mit Stellen schaffen.

Ich sage gleich dazu: Das heißt aber auch, dass wir nicht aus der Pflicht heraus sind, Binnenressourcen weiterhin auszuschöpfen. Das bedeutet, dass wir die neuen Steuerungsmodelle vorantreiben, dass wir - ein ganz wichtiger Punkt - bei Dingen, die wir bundesweit steuern können, einsteigen. Das tun wir, wie Sie alle wissen, bei der Reform des Betreuungsrechtes. Bei der Änderung der Kostenstruktur sind wir für ganz Deutschland federführend und treiben das voran. Das wird uns erhebliche Entlastungen bringen und die Qualität zum Teil noch verbessern.

Was auch ganz wichtig ist: Wir werden für die Zukunft für den mittleren Dienst eine klare Perspektive bieten. Er wird uns in der Justiz erhalten bleiben, mit einem etwas veränderten Ausbildungsmodell, sodass wir künftig alle übernehmen können, die Qualität bieten. Wir haben dann Arbeitskräfte, die auf die neuen Strukturen sehr viel besser angepasst und ausgebildet sind.

Ich will bei all den Schwierigkeiten, die wir haben, den Bediensteten der Justiz, und zwar in allen Zweigen, sowohl im Strafvollzug wie im Bereich der Staatsanwaltschaften wie im Bereich aller Justizzweige, die wir haben, ausdrücklich Dank dafür sagen, dass sie nicht nur mitarbeiten und engagiert sind, sondern dass sie in vielen Gesprächen auf allen Ebenen diese Mitarbeit ausdrücklich anbieten und dies auch tun. Denn vieles von dem, was wir machen, wäre anders gar nicht möglich.

Es gibt über das hinaus, was Sie angesprochen haben, aber noch eine ganz andere Bedrohung für die Justiz, die nicht von uns, sondern von außen kommt. Sie kommt manchmal auch aus dem Bereich von Politikern. Das will ich deutlich machen. Ich kann nachvollziehen, dass es Beschuldigte in Strafverfahren gibt, die der Staatsanwaltschaft, den Staatsanwaltschaften, einzelnen Staatsanwälten falsches Verhalten vorwerfen und deren Kompetenz bestreiten. Das ist im Rahmen gewisser Grenzen das gute Recht all derjenigen, die sich wehren. Ernst wird es aber, wenn bekannte Politiker, wenn Wirtschaftler, bekannte Berater sich in dieses Geschäft einmischen und Vorwürfe erheben, die Justiz sei voreingenommen, parteipolitisch motiviert, und wenn von diesen Kreisen sogar versucht wird, auch über mich oder über andere auf die Tätigkeit von Staatsanwaltschaften einzuwirken. Das sind Eingriffe in den Bereich der Strafjustiz, die wir nicht akzeptieren können, die viel problematischer sind, weil sie negative Vorbildwirkung haben können, weil sie den Eindruck erwecken können, dass manche Leute es sich leisten können, die Sache nicht so ernst zu nehmen. Ich werde dem immer widerstehen, und wenn es notwendig ist, werde ich das - wie im vergangenen Jahr - auch an der einen oder anderen Stelle deutlich sagen.

Ganz schwierig ist es - das kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Biesenbach -, wenn die Aufgaben eines Landtagsmitgliedes und die eines Anwalts nicht sauber auseinander gehalten werden. Ich werde es nicht akzeptieren, dass dann, wenn Sie jemanden, der nicht Ihr Mandant ist, der Ihr Parteifreund ist, den Sie als Schöffe aus einem Verfahren heraushalten wollen, das auch nur gedanklich in die Nähe bringen, dass möglicherweise der Minister da eingreifen könnte. Das ist überhaupt nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz deutlich: Ich werde mich immer dagegen wehren, dass in der Justiz auch nur der Eindruck entsteht, Sie könnten irgendeine Möglichkeit dazu haben.

(Zuruf von Gabriele Kordowski [CDU])

- Ich habe eine ganze Menge zum Haushalt gesagt, Frau Kordowski.

Ich möchte noch auf einen Punkt kommen, den Herr Biesenbach angesprochen hat. Das macht dann deutlich, was geht und was nicht geht. Sie haben die Finanzierung des Prozessgebäudes in Düsseldorf angesprochen. Das ist, gelinde gesagt, nicht sehr verantwortungsvoll. Gegen besseres Wissen erklären Sie und sagen nach wie vor

auch Ihre Parteifreunde, wir seien da nicht sauber finanziert, wir hätten nicht rechtzeitig mit dem Bund gesprochen. Wir haben vor Beginn der Baumaßnahme den Bund darauf angeschrieben. Mein Vorgänger hat an die Vorgängerin der jetzigen Bundesjustizministerin alle erforderlichen Anfragen gestellt und Unterlagen geliefert. Wir sind im Gespräch, wir werden zu einer Finanzierung kommen.

Was ich aber nicht akzeptiere, ist, dass Sie überhaupt nicht davon reden, was die Alternative gewesen wäre. Sie wäre nämlich gewesen, entweder die Anwohner des alten Prozessgebäudes Tannenstraße zu gefährden. Die Alternative hätte auch sein können, dass wir jedes Mal, wenn Prozesse sind, ganze Teile der Innenstadt absperren. Eine weitere Variante wäre gewesen, die Angeklagten aus der Haft laufen zu lassen, weil wir den Prozess nicht durchführen könnten. Das sind Risiken für den Rechtsstaat, die man vorher bedenken sollte, bevor man sich bei Finanzierungsfragen so weit aus dem Fenster lehnt.

Um zum Abschluss zu kommen, meine Damen und Herren: Wir werden an den bewährten Strukturen der Justiz festhalten. Wir werden übrigens auch bei der Frage, ob wir einmal leichthin einfach Privatisierungen in großem Umfang vornehmen - ich meine jetzt nicht die Projekte, die wir sehr moderat im Rahmen des Strafvollzugs vortreiben -, etwa bei der Frage von Registern, die wir führen, die bei uns gut laufen, bei der Frage, ob wir bei den Gerichtsvollzieher privatisieren, ob wir die ZPO-Reform leichtfertig aufgeben sollten, Kante halten und eine klare Kante ziehen, damit die Justiz weiß: An dieser Stelle hat sie Verlässlichkeit. Diese wird sie weiter von der Führung des Hauses bekommen. Dafür bietet dieser Haushalt einen guten Rahmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Gerhards. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 04** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4804. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe den **Bereich 12** auf:

Europa und Eine-Welt

Damit sind die Einzelpläne 02 - Ministerpräsident - und 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - angesprochen.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4802 und 13/4810.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Keller für die CDU-Fraktion das Wort.

Ilka Keller (CDU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2004 ist für das europäische Haus sehr wichtig. Es ist festzuhalten, dass das Haus ein neues Fundament braucht, weil die große Osterweiterung ansteht. Ich hoffe, dass das Dach durch die europäische Verfassung noch verstärkt werden kann. Es ist aber auch wichtig, dass die Bundesländer ihre Zimmer in diesem Haus in Ordnung bringen.

Wir haben das Gefühl, dass die Landesregierung dieser Herausforderung nicht gerecht wird, weil der Etat für Europa gerade erst wieder sehr stark gekürzt wurde. Das bedauern wir sehr; denn ich denke, dass das einem Land mit über 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht angemessen ist.

Herr Minister Kuschke, Sie selbst haben im Ausschuss erwähnt, dass die Schmerzgrenze erreicht sei. Das sehen wir ähnlich. Aus unserer Sicht ist die Schmerzgrenze nämlich eigentlich sogar schon überschritten.

Wir sind das Exportland Nummer 1. Wohin soll das Geld nun fließen? Wir sind sehr erstaunt darüber, dass nach Ihrer Änderung des Ansatzes 400.000 € nach Japan fließen und dieser Etat im Jahre 2005 sogar auf 1,4 Millionen € ausgedehnt werden soll. Wir finden es etwas grotesk, dass - ausgehend von einem Gesamtetat von ca. 3,3 Millionen € - etwa die Hälfte des Geldes in den Pazifik fließt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Das ist nicht gerechtfertigt.

Das Gleiche gilt für die Kürzungen im Bereich der Euregios, der innereuropäischen Zusammenarbeit und der europäischen Wissensgesellschaft sowie für die Tatsache, dass man auch die Mittel für sehr bürgernahe Projekte wie den Europäischen Schülerwettbewerb, was einen lapidaren Betrag von 20.000 € ausmacht, zusammenstreicht.

Europa muss auch von unten her weiter erlebbar bleiben. Wir bedauern sehr, dass Sie nicht entsprechend handeln.